

B E R I C H T

an die
CDU-Fraktion
(den übrigen Fraktionen zur Kenntnis)

Anfrage Nr.
105/16-21

Betreff: "Landesgartenschau 2027"
Anfrage Nr. 105 der CDU-Fraktion vom 17.04.2020

M-Nr. 195/20

Bericht des Magistrates:

Vorbemerkung:

Landesgartenschauen sind laut einem Imageflyer der Fördergesellschaft Landesgartenschauen Hessen und Thüringen mbH „(...) *mehr als nur ein Event. Sie sind ein Instrument der Stadtentwicklung, das der Förderung eines hochwertigen Wohnumfeldes ebenso dient wie dem Landschafts-, Natur- und Umweltschutz. (...) Der Nutzen für (...) Kommunen könnte kaum vielfältiger sein: Landesgartenschauen verbessern das Image und das Investitionsklima, sie erhöhen die Lebensqualität, fördern den Tourismus, schaffen neue Arbeitsplätze und unterstützen Innovationen. Kurz – sie geben zukunftsweisende Impulse und beschleunigen die Stadtentwicklung positiv.*“

Mit diesen Worten wirbt die Fördergesellschaft der Landesgartenschauen Hessen und Thüringen für die Ausrichtung von Landesgartenschauen.

Nach eingehender Analyse, welche Beweggründe für die Bewerbung der Stadt Rüsselsheim am Main für eine Landesgartenschau sprechen, kristallisierten sich unter anderem folgende Punkte heraus:

- Eine Landesgartenschau ist ein Instrument nachhaltiger Stadtentwicklung und langfristig wirtschaftlich attraktiv für die Stadt.
- Die Stadt Rüsselsheim ist bereits sehr aktiv in dem Thema Klimaschutz. Hierauf könnte die Ausrichtung einer Landesgartenschau aufbauen: Klimaschutzkonzept mit Maßnahmenplan (z.B. Energie-/Emissionsbilanz), Green-City-Plan (z.B. Reduzierung der Luftemissionen durch gezielte Begrünungsmaßnahmen), Ausruf des Klimanotstandes und die Verpflichtung, alle zukünftig zu fassenden Beschlüsse im Hinblick auf Auswirkungen auf das Klima und der Arten zu prüfen. Mit einem Anteil von 42 % Waldflächen muss die Stadt Rüsselsheim sich bereits heute mit den Auswirkungen der Klimaerwärmung

auseinandersetzen und hat mit ihren zukunftsweisenden Aktivitäten schon heute ein Alleinstellungsmerkmal in Hessen.

- Im Rahmen einer Landesgartenschau können die Möglichkeiten, einer Klimaerwärmung entgegenzutreten, untersucht und Maßnahmen ggf. langfristig etabliert werden.
- Die Stadt Rüsselsheim würde sich als klimafreundliche, innovative Stadt in Hessen präsentieren.
- Die Stadt Rüsselsheim ist bereits im Besitz vieler Grün- und Waldflächen sowie Parks, die sich als Veranstaltungsorte anbieten würden. Weitere sind in Planung (Eselswiese) oder könnten ausgewiesen und der Bevölkerung auch nach der Landesgartenschau zur öffentlichen Nutzung zur Verfügung gestellt werden (z.B. Pfaffenschlund, Opel-Rennbahn).

Die Ausrichtung einer Landesgartenschau beinhaltet viele Aspekte. Zum einen werden über mehrere Jahre Investitionen in die Infrastruktur getätigt, in die auch lokale Anbieterinnen und Anbieter eingebunden werden. Daher ist die Ausrichtung einer Landesgartenschau auch immer eine Förderung der lokalen Wirtschaft. Da es ein gesamtstädtisches Projekt ist, in dem auch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren mitwirken, hat die Ausrichtung auch eine Auswirkung auf das Wir-Gefühl innerhalb einer Stadt.

Die investiven Maßnahmen, insbesondere ein Mehr an Grün z.B. in der Innenstadt, wirkt sich außerdem auf die Lebensqualität der in Rüsselsheim lebenden Menschen aus. Dies wiederum kann ein Wirtschaftsfaktor werden, da Unternehmen sich gerne in einem angenehmen Umfeld ansiedeln (Stichwort: weiche Standortfaktoren). Auch die Bewohnerinnen und Bewohner profitieren von der Entstehung von weiteren Grünflächen, klimaneutralen Bepflanzungen, Oasen etc.

Weiter kann das Image der Stadt von der Ausrichtung einer Landesgartenschau profitieren, wenn es gelingt, sich als innovative Stadt zu positionieren, die Lösungen zum Thema Klimaschutz anbieten kann. Nach Angaben des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz stellt die Ausrichtung einer Landesgartenschau einen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Darüber hinaus steigert die Landesgartenschau den Bekanntheitsgrad der jeweiligen Kommune.

Die Ausrichtung einer Landesgartenschau ist demnach eine Investition in die Zukunft einer Stadt.

Der Magistrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. *Warum wurde die Bewerbung der Stadt Rüsselsheim am Main für die hessische Landesgartenschau 2027 nicht weiter verfolgt?*

Die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie war über private Mittel angedacht. Infolge der Corona-Krise war absehbar, dass Unternehmen für ein Sponsoring nicht zur Verfügung standen. Infolgedessen konnte die Bewerbung für die Landesgartenschau für das Jahr 2027 nicht weiter verfolgt werden.

2. *Wie weit fortgeschritten war der Bearbeitungsstand der Bewerbung zum Zeitpunkt der Entscheidung, die Bewerbung nicht weiter zu verfolgen?*

Eine Bewerbung für eine Landesgartenschau läuft in mehreren Stufen ab. In der ersten Stufe erklärt eine Kommune (nach Beschlussfassung aller relevanten städtischen Gremien), dass sie ihr Interesse an der Ausrichtung einer Landesgartenschau für ein bestimmtes Jahr bekundet. Hierfür muss die Kommune begründen, warum sie sich bewerben möchte, die örtlichen Rahmenbedingungen (z.B. Bevölkerung, Wirtschaft) erläutern, einen Lageplan der

potenziellen Flächen beifügen und darstellen, wie die Ausrichtung einer Landesgartenschau zu den städtebaulichen Zielen passt, bzw. welche strukturellen Verbesserungen durch die Landesgartenschau zu erwarten sind. Idealerweise baut das Schwerpunktthema auf bereits Vorhandenem auf (z.B. Integriertes Stadtentwicklungskonzept, Handlungskonzept etc.), bzw. es gibt bereits zeitlich und räumlich flankierende Projekte zu dem jeweiligen Schwerpunkt- bzw. Leitthema.

Es war geplant, dass die Stadt Rüsselsheim am Main gegenüber dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum 31.03.2020 ihr Interesse an der Ausrichtung der Landesgartenschau für das Jahr 2027 bekundet. Weiter war geplant, bis zum 30.09.2020 dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Machbarkeitsstudie vorzulegen, mit der weitere Details zur Ausrichtung einer Landesgartenschau dargelegt worden wären.

Die Begründung, warum eine Landesgartenschau 2027 in Rüsselsheim am Main ein Gewinn gewesen wäre sowie eine Darlegung der Zielsetzung sowie ersten Ideen über Flächen und Inhalte wurde in einer Beschluss-Vorlage niedergeschrieben, die am 10.03.2020 im Magistrat beraten werden sollte. Der nächste Schritt im Bewerbungsverfahren (die Zustimmung aller politischen Gremien vorausgesetzt) wäre die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie gewesen.

3. *In welcher Höhe beläuft sich der bereits entstandene Personal- und Mittelaufwand der Stadt Rüsselsheim am Main zum Vorhaben einer Bewerbung?*

Da kein Interesse gegenüber dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Ausrichtung einer Landesgartenschau für das Jahr 2027 ausgesprochen wurde, wurde keine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Durch die ledigliche Erstellung einer Vorlage mit ersten Ideen zur Bewerbung für die Landesgartenschau 2027 sind der Stadt Rüsselsheim am Main keine zusätzlichen Personal- oder Mittelaufwände entstanden.

Rüsselsheim am Main, 30.06.2020

Udo Bausch
Oberbürgermeister